

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr

Nr. 22 + 33. Jahrgang

Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4

Berlin, 28. Mai 1932

### Für die Wiederbelebung der Bauwirtschaft

Im Rahmen einer bauwirtschaftlichen Kundgebung für Arbeitsbeschaffung machte der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, beachtenswerte Ausführungen. Wir geben sie im Auszug wieder, ohne damit das Gesagte vollinhaltlich zu unserer Meinung zu machen. Insbesondere können wir die optimistische Auffassung zum freiwilligen Arbeitsdienst angesichts der nachweislich starken Einbrüche in ausgesprochen bauwirtschaftliche Gebiete nicht teilen.

Der letzte Winter brachte Deutschland eine Arbeitslosigkeit, wie sie kein Industriestaat jemals erlebt hat. Am 1. März erfasste die Arbeitsmarktkrise an Arbeitslosen mit ihren Frauen und Kindern annähernd 13 Millionen Menschen, also rund ein Fünftel unserer Gesamtbevölkerung. Seit diesem Höhepunkt ist zwar ein bemerkenswerter Rückgang eingetreten. Infolge des Darniederliegens des Baugewerbes entspricht der Rückgang keineswegs der Abnahme der Arbeitslosenzahlen im Frühjahr der vorigen Jahre.

Dass die Wirtschaftskrise sich so stark auf den Arbeitsmarkt auswirkt, erklärt sich aus der Zunahme der Bevölkerungsdichte in Deutschland, besonders aus dem starken Steigen der erwerbstätigen Bevölkerung infolge der wirtschaftlichen Not und Verarmung. Von 65 Millionen Einwohnern sind — einschließlich der Arbeitslosen — rund 33,5 Millionen erwerbstätig.

Besonders schwer hat die Krise das Baugewerbe betroffen. Im Jahre 1928 betrug die Bauproduktion 9 Milliarden, im Jahre 1931 rund 4 Milliarden RM., also etwa zwei Drittel der Bauproduktion der Jahre vor dem Kriege. In der günstigsten Bauperiode (August) betrug die Zahl der arbeitslosen Bau- und Bauhilfsarbeiter im Jahre 1927 = 57 000, im Jahre 1931 = 617 000. Im Sommer 1931 konnten im Baugewerbe und in der Baustoffindustrie nur 32 v. H. aller Arbeitsplätze besetzt werden. Zur Zeit wird die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Baugewerbe und in den Baustoffindustrien etwa 25 v. H. der Arbeitsplätze normaler Bauperioden ausmachen. Im Baugewerbe allein dürfte der Beschäftigungsgrad nicht viel mehr als 15 v. H. ausmachen.

Besondere Besorgnis erregt die Not der jugendlichen Arbeitslosen, da in Deutschland fast jeder sechste Arbeitslose ein Jugendlicher unter 21 Jahren ist. Ihre Zahl lag im Winter nahe an einer Million. Dabei war die Zahl der Schüler, die in den letzten Jahren aus der Volksschule entlassen wurden, infolge des Geburtenausfalls während des Krieges gering (650 000 bis 700 000). In den Jahren 1934 und 1935 werden sich die Zahlen dieser Entlass-Schüler verdoppeln. Dazu kommen die Abiturienten der höheren Schulen. Infolge des ungesunden Andranges zu den höheren Schulen haben im letzten Jahr 42 600 Schüler ihre Reifeprüfung gemacht. Auf den Hochschulen haben wir eine Verdoppelung der Studentenzahl gegenüber der Vorkriegszeit zu verzeichnen, mehr als 130 000. Dabei berechnet man in Deutschland die Zahl der Akademiker in vollakademischen Stellungen auf 300 000.

Im letzten Winter hat die Reichsanstalt durch berufliche Bildungsmaßnahmen mit praktischer Werkarbeit helfend eingegriffen. Etwa 300 000 jugendliche Arbeitslose konnten hierdurch erfasst werden. Für die Lehrlinge des Baugewerbes werden diese Maßnahmen zur Zeit ausgebaut, denn gerade im Baugewerbe hat der größte Teil des jugendlichen Nachwuchses die Ausbildung abbrechen müssen und ist arbeitslos geworden.

Aber große Kreise unserer arbeitslosen Jugend drängen nicht so sehr nach der Erhaltung und Verbreiterung ihrer Berufsbildung. Sie wollen nutzbringende praktische Arbeit schlechthin; und diesem Drängen unserer arbeitslosen Jugend will der freiwillige Arbeitsdienst Rechnung tragen. Im letzten halben Jahre sind etwa 2400 Arbeiten im Arbeitsdienst aufgenommen und Beschäftigungsmöglichkeiten für etwa 70 000 jugendliche Arbeitslose geschaffen worden. Zur Zeit sind etwa 30 000 Jugend-

liche im Arbeitsdienst tätig. Das Baugewerbe verfolgt begreiflicherweise die weitere Ausdehnung des Arbeitsdienstes mit gewissem Mißtrauen. Es wäre auch nicht zu billigen, wenn Arbeiten, die ihrer Natur nach für den freien Arbeitsmarkt bestimmt sind, in den Kreis des Arbeitsdienstes einbezogen würden. Die ordnungsmäßige freie Betätigung der Bauwirtschaft, die Beschäftigung der erprobten Angestellten und Stammarbeiter der Baufirmen und die Heranziehung der vielen arbeitslosen Bauarbeiter muß auch in diesen Notzeiten die Regel bleiben. Ergibt sich jedoch, daß bestimmte öffentliche Arbeiten ohne die finanziellen Erleichterungen des freiwilligen Arbeitsdienstes überhaupt nicht zur Ausführung kommen, dann liegt auch für das Baugewerbe kein Anlaß zur grundsätzlichen Ablehnung vor, denn auch diese Arbeiten bedeuten letzten Endes eine Belebung des Baumarcktes.

Das Baugewerbe und die mit ihm verbundene Baustoffindustrie ist zur Zeit die Wirtschaftsgruppe, die am meisten unter der Not der Krise leidet. Ihr Darniederliegen wirkt sich infolge der Schlüsselstellung zwangsläufig auf den gesamten deutschen Arbeitsmarkt aus. Bei der Prüfung von Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und zur Entlastung des Arbeitsmarktes steht daher das Baugewerbe im Mittelpunkt.

Die unvermeidliche Umschichtung unserer Bevölkerung macht eine starke Ausgestaltung der ländlichen Siedlung, namentlich im Osten, zur Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes. Eine Million Althäuser sind vorhanden, deren vernachlässigter Zustand bekannt ist und deren Instandsetzung eine Beschäftigungsmöglichkeit für mehrere 100 000 Bauarbeiter geben würde.

Für das Tiefbaugewerbe kommt neben den Arbeiten der Reichsbahn und Reichspost vornehmlich der Straßenbau in Betracht. Allein für die großen Durchgangstraßen wurden in normalen Zeiten jährlich 800 000 RM. aufgewandt. Wäre es möglich, diesen Betrag auch nur annähernd zu erreichen, so würde dies eine starke Entlastung der Arbeitslosigkeit und eine große Ersparnis für kommende Jahre bedeuten, denn veripätere Unterhaltungsarbeiten erfordern ein Vielfaches des normalen Unterhaltungsaufwandes.

Ebenso bedeutet die Unterlassung der Regulierung hochwassergefährdlicher Wasser-

läufe und des Baues wichtiger Talperren die bewußte Inkaufnahme von Hochwasserschäden, die alljährlich auf viele Millionen RM. zu veranschlagen sind. Auf dem Gebiete der Meliorationen ist etwa ein Drittel unseres gesamten Ackerbodens drainierungsbedürftig. Der Mehrertrag an Korn nach richtiger Ackerdrainage würde stark gesteigert werden können, und unsere Volksernährung würde von ausländischer Einfuhr viel unabhängiger werden.

Eine Fülle von volkswirtschaftlich hoch bedeutsamen Arbeiten liegt also im Baugewerbe vor. Wenn nur ein Teil dieser Arbeiten ausgeführt wird, so würde sich daraus ein starker Antriebs für unsere Gesamtwirtschaft ergeben, und der Verelendung weiterer Volksschreie, die auf die Dauer unerträglich ist, könnte dadurch entgegen gewirkt werden. Die Entscheidung über diese Möglichkeiten liegt jedoch überwiegend auf finanziellem Gebiet. Die Reichsanstalt steht voll auf dem Standpunkt, daß es in jeder Weise besser und gesünder ist, statt Unterstützungsmittel zu zahlen, die entsprechenden Unterstützungsmittel zur Beschaffung von Arbeit, zur Finanzierung von Notstandsarbeiten, zu verwenden. Derartige Zuschüsse der Reichsanstalt für Notstandsarbeiten stehen in ausreichendem Maße zur Verfügung. Auch die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten stellt ihre beachtlichen Mittel zu langfristigen, niedrig verzinsbaren Darlehen zu solchen Notstandsarbeiten zur Verfügung.

Kunmehr wird auch durch eine Umgestaltung der Arbeitslosenhilfe eine wesentliche finanzielle Entlastung der Gemeinden erfolgen. Dadurch dürften die Gemeinden stärker als bisher in der Lage sein, die unerläßlichen Bauarbeiten zu vergeben und wieder als Träger von Notstandsarbeiten hervorzutreten. Endlich haben die gesetzgebenden Körperschaften in den letzten Tagen die Reichsregierung ermächtigt, eine mit Steuerbefreiung ausgestattete Prämienanleihe für diese Zwecke anzulegen.

Aber so sehr alle diese Notmaßnahmen zu begrüßen sind: eine wirkliche Hilfe für unseren Arbeitsmarkt mit seinen zur Zeit noch mehr als 5 Millionen Arbeitslosen und für unseren völlig darniederliegenden Baumarck kann nur aus einer natürlichen Gesundung unserer Gesamtwirtschaft kommen.

Hoffen wir, daß die nächste Zeit, in deren Schoße die wichtigsten außen- und innenpolitischen Entscheidungen ruhen, dem deutschen Volke wieder Arbeit und dadurch Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft gibt.

### Bolschewismus

**B**olschewismus. Wunsch und Hoffnung den einen, Fluch und Schrecken den anderen, manchmal auch nur eine Warnung, und doch allen eine drohende Gefahr.

Bolschewismus. Viel ist schon darüber, dafür und dagegen geschrieben und geredet worden. Und doch ist das Wesen des Bolschewismus noch vielen unbekannt. Die sich dazu bekennen, ihn herbeizuholen und erlösen helfen, wissen am wenigsten davon.

Wenn von Bolschewismus die Rede ist, wird auf Rußland verwiesen. Von dort stammt das Wort, und dort ist die Wirklichkeit Bolschewismus. Was aber an Nachrichten über die Zustände in Rußland zu uns gelangt, ist im allgemeinen nicht viel und widerspricht sich. Die einen preisen Sowjetrußland als ein Paradies, andere vergleichen es mit der Hölle. Dazwischen sind solche, die behaupten, Sowjetrußland zu kennen, weil sie als Gäste der Sowjetregierung einige Tage dort waren und ihnen das gezeigt wurde, was sie aus propagandistischen Gründen sehen durften und sehen sollten, um es überall zu rühmen und zu preisen.

Diese Rußlandkenner gleichen jenen Stadtbesuchern sehr, die von Verwandten oder Bekannten einige Stunden in den schönsten Straßen der Stadt herumgeführt und gut bewirtet werden. Heimgekehrt behaupten sie dann die Stadt zu kennen, erzählen von feiernden Menschen in schönen Kleidern, von großen Häusern und von gutem Essen, das die Städter in Überfluß hätten.

Aber sie kennen die Stadt nicht. Sie haben nur einen

kleinen und den äußerlich schönsten Teil der Stadt flüchtig gesehen. Sie haben aber nicht die Menschen gesehen, die in lärmenden Betrieben für wenig Lohn hart arbeiten müssen. Sie haben nicht gesehen die dumpfen Wohnungen, in denen das Glend haust. Sie haben nicht gesehen, daß der ihnen vorgelesene Überfluß Mangel langer Tage war. Sie haben die große Not nicht gesehen, die auch in den Städten, dort noch mehr als anderwärts, tausenden Menschen auf der Seele lastet.

Und die als Gäste in Sowjetrußland waren, kennen Rußland nicht! Sie haben nicht das große Rußland gesehen mit seiner grauenhaften Not. Sie haben nur einige, für propagandistische Bestätigungszwecke bestimmte Musterwohnungen gesehen. Sie waren nicht in den Zwangsarbeitslagern, in denen Jahr um Jahr tausende Menschen langsam, grausam und absichtlich vernichtet werden. Sie sind im besten Eisenbahnzug gefahren und haben nicht gesehen, wie das russische Volk sich in Viehwagen zusammenpferchen muß. Sie haben nicht die Millionen elternloser und elterloser Kinder gesehen. Sie waren nicht in jenen Glendräumen, in denen mehrere Familien beisammen hausen müssen. Sie waren nicht in jenen Spitäkern, in denen schlechtgepflegte, hungernde Kranke und Sterbende auf Strohsäcken liegen. Sie haben nichts gesehen von der seelischen Not, von dem grausamen Zwang, die auf dem russischen Volke lasten. Sie haben wohl das freundlich grinsende Gesicht der sie überwachenden und fährhenden Tsheka gesehen, nicht aber die von derselben

Die Zeit der Not findet die Kleinen klein, die Großen groß.

Die Kleinen hadern mit dem Schicksal, obwohl auch sie erkennen, daß vom Hadern keine Besserung kommt, sie tun noch ein weiteres im Negativen, sie streiten untereinander, mißgönnen sich die Protrinden und zerstören — ungewollt — die in der Einheit liegende Kraft.

Die Großen erkennen rechtzeitig die Macht des Unabänderlichen, sparen ihre Kräfte, hüten sich vor der Nur-Berneinung, fassen ihre geistigen Kräfte zusammen, und bauen damit die Brücke, die den Graben von der Verzweiflung zur Hoffnung überbrannt.

Die Gewerkschaftsbewegung ist seit Jahrzehnten für die werttätigen Volksschichten die Idee des Großen, des Behaftenden, des Zusammenfassenden. Kühnmutige zurechtweisen, böswillige Zerplitterer kraftvoll schütteln, alle Gutmeinenden sammeln, daß ist die Aufgabe der Notzeit, die den Brüdenschlag zu einer besseren Zukunft ermöglicht.

Tscheka gemarterten Menschen und die Ströme Blut, die in Sowjetrußland vergossen wurden und noch nicht versiegt sind. Sie haben nicht bemerkt, daß der ihnen gezeigte und gebotene Ueberfluß Hungernden genommen war. Das alles und vieles andere haben sie nicht gesehen. Sie wurden belogen und betrogen!

Was aber die sich widersprechenden Berichte über die sowjetrußischen Zustände anlangt, so sind die ungünstigen aus mannigfachen Gründen glaubwürdiger als die günstigen. Zunächst schon ihres Ursprungs wegen. Die für Sowjetrußland nicht günstigen Berichte stammen von politisch nicht gleichmäßig interessierten Menschen und stützen sich sehr oft auf Mitteilungen russischer Zeitungen. Die Berichte hingegen, die für die sowjetrußischen Zustände günstig lauten, sind ausschließlich für die kommunistische Weltpropaganda bestimmt und stammen entweder direkt aus sowjetrußischen Quellen oder von Personen, die entweder aus materiellen oder aus anderen Gründen der kommunistisch-bolschewistischen Propaganda dienbar sind.

Aber selbst wenn das eine oder das andere nicht wäre, wenn nicht bekannt wäre, daß die Lebensbedingungen des russischen Volkes durch das bolschewistische System nicht besser, sondern schlechter geworden sind, wenn nicht bekannt wäre, daß die Arbeitsbedingungen des russischen Arbeiters in Sowjetrußland viel härter sind, als sie im alten Rußland waren — und die waten im Vergleich zu den deutschen wirklich schlecht —, wenn das alles und vieles andere auch nicht bekannt wäre: wir würden den Berichten doch nicht glauben, nach denen es in Sowjetrußland so schön sein soll! Und zwar ganz einfach deshalb nicht, weil auf der geistigen Grundlage des Bolschewismus Wohljahrt und Freiheit eines Volkes nicht gedeihen können!

Das ist es aber doch, worauf es schließlich ankommt! Das wird aber von einer dem Bolschewismus geistig verwandten Presse hartnäckig übergangen. Wenn aber in Sowjetrußland ein hygienisch einwandfreier Hühnerstall gebaut oder eine neue Mausefalle fabriziert wird, wenn irgend etwas geschieht, was bei uns selbstverständlich ist und kaum beachtet wird, dann wird das als ein ungeheurer Erfolg des bolschewistischen Systems gepriesen und versucht, damit die dauernde Möglichkeit oder gar die Richtigkeit desselben zu beweisen. Was ist aber schon viel dabei, wenn die Bolschewisten in einem Land, das ganz im Gegensatz zu Deutschland über alle notwendigen Rohstoffe verfügt, eine Fabrik oder sonstwas errichtet, um so mehr, als sie auch noch über die arbeitenden Menschen beliebig verfügen können! Damit wird das, was sie an fechtlichen, moralischen und kulturellen Werten vernichtet haben und noch jeden Tag vernichten, nicht ersetzt! Damit

wird auch nicht die Möglichkeit oder die Richtigkeit des bolschewistischen Systems erwiesen.

Wenn die bolschewistisch angeklärten Kreise immer wieder darauf verweisen, daß das bolschewistische System in Rußland sich länger als zehn Jahre hat halten lassen, und wenn sie daraus die praktische Möglichkeit des Kommunismus schließen wollen, dann dürfen sie die Mittel und die Methoden nicht verschweigen, die zur Aufrechterhaltung der bolschewistischen Herrschaft in Rußland angewendet werden. Millionen Menschen wurden vernichtet, jeder Persönlichkeitswert zerstört, jede individuelle Regierung wird unterdrückt und durch ein über das ganze Land ausgebreitetes Ueberwachungs- und Unterdrückungssystem überwacht einer den anderen. Denn keiner ist sicher, ob nicht sein Nebenmann, ob nicht Sohn oder Vater ein geheimer Agent der politischen Polizei ist, die jeden Widerspruch gegen das bolschewistische Zwangssystem unterdrückt. Die sowjetrußische politische Polizei hat Mittel und Möglichkeiten genug, jeden Widerstand in Bereitwilligkeit, jeden Widerspruch in Zustimmung zu verwandeln. Ausschließung von der Lebensmittelversorgung ist die geringste Strafe, bedeutet aber für die davon Betroffenen doch Hunger und unsagbares Elend. Und wer schließlich in seiner Verzweiflung doch aufsteht: in den Kellern der Tscheka verstimmt jeder Schrei, und in den sibirischen Zwangslagern verhaßt er ungehört. Wegen eines Vergehens, dessen sich die Kommunisten in Deutschland täglich schuldig machen, werden in Sowjetrußland Menschen getötet.

Wenn sich aber Möglichkeit und Richtigkeit des bolschewistischen Systems daraus ergeben sollen, daß es sich durch einen grausamen Terror über zehn Jahre lang in Rußland hat aufrechterhalten lassen, dann muß logischerweise der gleiche Maßstab auch anderen politischen und wirtschaftlichen Systemen gegenüber zur Anwendung kommen. Und dann würde sich ergeben, daß, so beurteilt, schließlich jedes System richtig gewesen oder richtig sein muß, denn sie waren oder sind meistens viel älter als das bolschewistische. Der Hinweis auf die länger als zehnjährige Dauer des Bolschewismus in Rußland ist jedenfalls eine jämmerliche Beweisführung zugunsten des Kommunismus.

Die kommunistische Propaganda versucht die Tatsache, daß trotz schwerster Anstrengung und schonungsloser Anstrengung das russische Volk unter der bolschewistischen Herrschaft völlig verarmt ist, daß es sogar Nahrungsmittelmangel hat, recht einfach, aber nicht überzeugend zu erklären. Es wird behauptet, Sowjetrußland sei von allen Seiten bedroht und erhalte zu seinem Aufbau nicht die notwendigen Kredite. Das stimmt zwar nicht ganz. Aber selbst wenn es wahr wäre, dann wäre das doch keine ausreichende Erklärung des bolschewistischen Mißerfolges. Es ist aber nicht wahr, denn Sowjetrußland ist in den vergangenen zehn Jahren außerpolitisch nicht in dem Maße bedrückt wie Deutschland. Und es verfügt, wie schon erwähnt, über alle notwendigen Rohstoffe und ist ein an Naturgütern sehr reiches Land. Wenn es aber diese Schätze nur mit Hilfe des Kapitalismus heben kann, wenn der Bolschewismus auf Anleihen in kapitalistischen Ländern angewiesen ist, wenn er das, was er zerstört hat, nur mit kapitalistischer Hilfe wieder aufbauen kann, dann ist das die Bankrotterklärung des bolschewistischen Systems, des materialistischen Sozialismus überhaupt! Daran können spitzfindige Erklärungen kommunistischer Demagogen nichts ändern! Nur sollte dann die kommunistische Propaganda es unterlassen, dem Kapitalismus Vernichtung anzudrohen und zu behaupten, Bolschewismus (oder Kommunismus) sei Befreiung vom Kapitalismus.

Bolschewismus ist in keiner Beziehung Befreiung! Bolschewismus ist nur Bedrückung und in seiner letzten Konsequenz Vernichtung aller bis auf einen. Bolschewismus ist nicht Aufbau, nicht Erneuerung, ist auch kein Ausweg aus irgendeiner Not. Bolschewismus ist Zerstörung, ist Vernichtung, ist eine Krankheit! Und deshalb muß alles, was ihn begünstigt oder fördert, schonungslos bekämpft werden. hbm.

408 767 M. verausgabt. Während sich die Verbandseinnahmen im verflossenen Jahre gegenüber dem Vorjahr um rund 880 000 M. verminderten, gingen die Unterstützungsaufwendungen für diese beiden Zweige nur um 86 000 M. zurück. Auf einen Unterstützungsfall trafen 33,88 M., auf das Verbandsmitglied gerechnet wurden rund 8,90 M. ausgemacht, während die Einnahmen aus wöchentlichen Beiträgen für die Hauptkasse im Jahresdurchschnitt nur auf 11,60 RM. kamen.

Die im Jahre 1930 eingeführte Invalidentät übernahm aus dem Vorjahre 466 Bezahler. Im Berichtsjahre erfolgten weitere 236 Anweisungen, so daß am Jahreschluß 702 Mitglieder der neuen Unterstützung teilhaftig wurden. Die Aufwendungen für diesen Unterstützungszweig betragen 58 370 M. oder auf den Unterstützungsfall umgerechnet 83,15 M., auf das Mitglied umgerechnet 1,29 M. Die Sterbentätigkeit wurde im Jahre 1931 für 203 Verbandsmitglieder und 151 Mitgliederfrauen bezahlt. Sie betrug 32 117 M. oder auf den Fall umgerechnet im Durchschnitt 90,73 M.; der auf das einzelne Mitglied sich umschlagende Betrag ist 71 Pf. Insgesamt erforderten die vier Unterstützungsarten 494 255,53 Mark. Rechnet man noch Notunterstützungen in Sonderfällen mit 8050,59 M. hinzu, so übersteigt dieser Unterstützungsbetrag die Summe von 500 000 M. und nähert sich damit den Einnahmen der Hauptkasse aus Wochenbeiträgen mit 522 938,09 M. ganz wesentlich. Gewiß wird es Fälle geben, wo dem einzelnen Unterstützungsnehmer der angewiesene Betrag gering erscheint. Nicht er aber verständigerweise diesen Betrag an seinen eigenen Leistungen, rechnet er die notwendigen Aufgaben des Verbandes in bezug auf Lohngestaltung und Ausbau des sozialen Rechtes hinzu, rechnet er weiter mit der ihm dauernd zur Verfügung stehenden Information durch das Verbandsorgan, dann erweist sich in diesem Jahre, daß die den Mitgliedern direkt zugeflossenen Beträge — wir denken hier im Besonderen noch an die mit rund 542 000 M. gemeldeten Rechtschutzerfolge — die eigenen Leistungen beinahe um das Doppelte übersteigen. Das ist der große Erfolg einer zehnjährigen, jahrelangen Gewerkschaftsarbeit, die durch ihre Festlegung im Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftskörper den Angehörigen des Berufes Leistungen zubringt, die ohne ihr Bestehen unmöglich wären. Die größte Aufgabe der Organisation wird aber immer die Einflussnahme auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen — auch in der Defensive — bleiben. So die Erfolgsfolge der Gewerkschaftsarbeit richtig gewertet, kann es selbst in Not und Krise keinen ruhig denkenden Arbeiter geben, der der Gewerkschaftsgegnern nicht mit durchschlagenden Waffen entgegenzutreten kann

### Die Schuldigen!

Wenn auch in der letzten Nummer der Baugewerkschaft eine eingehende und treffliche Darstellung über den Verlauf unserer letzten Lohnbewegung und über das Unrecht, welches mit ihr der Bauarbeiterschaft angetan wurde, gegeben wurde, so soll heute doch noch einmal zu dieser Frage Stellung genommen werden. Das, was sich im Baugewerbe in den letzten Wochen abgespielt hat, dürfte in der deutschen Tarifbewegung einzig dastehen. Mit einem Federstrich sind Löhne, welche mühsam aufgebaut wurden, um 20 und mehr Proz. gesenkt worden; sind Tarifgebiete, welche in jahrelangen Verhandlungen festgelegt wurden, zerstört worden.

Ich will noch nicht einmal den Sonderlichtern einen großen Vorwurf machen wegen ihrer Handlungsweise, der größte Vorwurf, den wir machen, ist, daß sie überhaupt diesen Auftrag annahmen, die Löhne der Bauarbeiter abzubauen. Sie werden ja nicht beitreten können, daß sie den Auftrag hatten, „die Binnensöhne anzupassen“. Die Hauptschuldigen sitzen zweifellos im Reichsarbeitsministerium. Letzteres hatte nicht mehr viel Vertrauen bei den Bauarbeitern zu verlieren, und der kümmerliche Rest ist jetzt verlorengegangen. Die Bürokratie im R.M. hat, das muß anerkannt werden, „gut“ gearbeitet bei unserer Lohnregelung. Es wird vielfach behauptet, daß die Minister Sklaven ihrer Geheim- und Ministerialräte seien. Scheinbar ist das bei dem Reichsarbeitsminister auch der Fall. Wie soll man es sonst verstehen, wenn der Minister erklärt, daß seiner Auffassung nach die Bauarbeiterlöhne in Oberschlesien nicht mehr übersteht seien, diese Löhne aber trotzdem um 12 bis 20 Proz. gekürzt werden. Hoffentlich läßt sich der Herr Reichsarbeitsminister die neuen Lohnabellen des ober-schlesischen Lohngebietes recht bald vorlegen. Er wird dann feststellen, daß auf diese Löhne in späteren Unterstützungsfällen zwangsläufig eine neue Unterstützungskürzung für alle die armen Teufel in der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und bei den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern eintreten muß. Der Netto-Lohn des größten Teiles der ober-schlesischen Tiefbauarbeiter beträgt nämlich bei 48stündiger Arbeitszeit pro Woche höchstens 16,50 RM., in Worten: Sechszehn Reichsmark und 50 Pf. Das ist doch sicher ein Ergebnis, auf das die Lohnabbauer des Reichsarbeitsministeriums nur mit Erröten stolz sein können. Gewiß hat man uns auch Hoffnungen gemacht, indem gesagt wurde, das Baugewerbe wird durch diese Lohnsenkung angekurzelt werden, denn jetzt werden an den Altwohnungen so viel Reparaturen ausgeführt, daß es überhaupt keine arbeitslosen Bauarbeiter mehr gibt. Auch der Herr Preiskommissar Dr. Goerdeler hat, als er vor den Arbeit-

## Unsere Unterstützungseinrichtungen im Jahre 1931

Zu den ursprünglichen und ursprünglichen Aufgaben der Gewerkschaften hinsichtlich Gestaltung der Löhne und Arbeitsbedingungen hat sich im Laufe der Jahre eine weitere unter dem Namen „Unterstützungseinrichtungen“ hinzugesellt. Teils sollten diese Unterstützungseinrichtungen der sozialen Bindung solcher Mitglieder dienen, denen die lebenspolitischen Bestrebungen zu fern lagen, in der Hauptsache aber liefen sie, besonders im Baugewerbe, auf eine indirekte Stärkung der sozialen Stetigkeit des Einkommens hinaus. Die jetzige langandauernde Wirtschaftskrise stellt erneut die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor die Frage, ob sie zu gleicher Zeit Lohngestaltung und sozialen Ausgleich in Notfällen nebeneinander betreiben kann, oder ob sie das letztere nicht primärweise mehr in den Hintergrund stellen muß. Die Unterstützung der arbeitslosen Berufsgenossen nach kurzer Karenzzeit ist in den Bauarbeiterorganisationen immer ein großes Kapitel gewesen. Sie veranlaßte sich aus der Schlingelagerung, durch Unterstützung der Gefahr des Lohnbruchs durch Unternehmern oder der eigenen unbetrieblischen Substanz zu begegnen. Der dauernde Wechsel von Berufsberatung

höhe und Zeitdauer in der staatlichen Arbeitslosenunterstützung hat es noch nicht zugelassen, reichhaltige Unterlagen für eine Ausgestaltung der Unterstützungseinrichtung in der Berufsorganisation auf die Zeit nach Er schöpfen der staatlichen Unterstützung zu verlegen. Sicher würde hier ihr sozialer und berufspolitischer Zweck sich noch zeitensprechender auswirken.

Unter dem Gesichtswinkel einer nun ins dritte Jahr gehenden, dauernd geitragenen Arbeitslosigkeit mit wesentlich verringertem Beitragseingang sind die vom Verband gewährten Unterstützungen hoch anzuschlagen. Im Jahre 1931 wurden an Arbeitslose und Kranke in insgesamt 11 918 Fällen Unterstützung gezahlt. Das vorausgegangene Jahr hatte 16 229 Fälle, das Jahr 1929 18 359 Fälle und das Jahr 1928 10 790 Fälle. Die Auffassung, daß die Verbandsarbeitslosenunterstützung sich in der Krisenzeit durch Nichterreichen der Anwartschaftswochen gewaltig verringert, ist nicht zutreffend. Allerdings steigt die Zahl der Krankenunterstützungsfälle von einem in Konjunkturzzeiten geringen Prozentsatz jetzt wieder stärker an. Für die beiden Unterstützungsarten wurden im Jahre 1931

geberverbänden in den verschiedensten Städten sprach, weniger von dem Preisabbau geredet, sondern nur erzählt, wie schön und zweckmäßig es doch sei, statt 10 Proz. Bauarbeiter zu hohen Löhnen, 60 Proz. zu niedrigeren Löhnen zu beschäftigen. Ist er zu entsprechenden Rückschlüssen finanzieller Art für die Beamten bereit? — Wissen Sie noch, Herr Reichsarbeitsminister, daß Sie einmal zustimmten, daß 400 Mill. RM. aus den Hauszinssteuerauskommen verbraucht wurden zur Senkung der Gewerbesteuer? Wissen Sie auch, daß Sie damals erklärten, diese 400 Mill. RM. würden in indirekter Form zur Belebung des Baumarktes beitragen? Nicht ein Pfennig ist von dieser Summe dem Baumarkte zugeflossen, und nicht ein Ziegelstein wird mehr vermauert werden durch diese Lohnsenkung. Der als Entschuldigung wirkende Einwand, die Erhaltung der Tarifidee erfordere jetzt diese Opfer, läßt sich wirklich nur noch schwer rechtfertigen. Das Objekt muß das Opfer auch noch wert sein. Wenn nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit verfahren worden wäre, dann hätte die Staatsmacht sich in dieser Notzeit auch einmal schützend vor die Arbeiterkraft stellen müssen. Wir werden uns diese Dinge merken, wir werden nichts vergessen, und werden im gegebenen Zeitpunkt zu handeln wissen.

Aber auch zu einer anderen Gruppe von Schuldigen soll heute ein Wort geredet werden. Es sind leider auch Leute aus dem Arbeiterlager darunter. An jene sei gedacht, welche aus übertriebenem Geltungsbedürfnis oder weil sie glaubten, berufen zu sein, die deutsche Wirtschaft zu retten, einen maßlosen Kampf gegen die Löhne der Bauarbeiter führten. Die Exportindustrie bezahlte ihre Leute, die doch letzten Endes dem deutschen Volke die Existenz erhielten, schlecht und die Arbeiter, welche für den Binnenmarkt arbeiteten, erhielten auf Kosten der anderen viel zu hohe Löhne. Solche und ähnliche Redensarten im Jargon der sogenannten vaterländischen Arbeitervereine wurden geführt, und damit der Reaktion Hilfsstellung geleistet. Nie ist der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit ein schlechterer Dienst erwiesen worden, als es durch diese Handlungsweise geschah. Der einen Gruppe ist nicht geholfen worden und die anderen wurden geschädigt. Es ist Gott sei Dank ja merkwürdig still geworden bei diesen Leuten und noch stiller es werden, wenn demnächst mit den gesunkenen Bauarbeiterlöhnen bei den Verhandlungen in den anderen Industrien operiert werden wird. Hoffentlich sehen gewisse Leute endlich ein, daß ein Lohnabbau bei den Bauarbeitern nur ein Vorläufer für die anderen Arbeitergruppen ist.

Einem wesentlichen Teil Schuld an dem unglücklichen Ausgang unserer diesjährigen Lohnbewegung tragen die Bauarbeiter, welche außerhalb der Bauarbeiterorganisationen gestanden haben und leider noch stehen. Ein Blick auf die gefällten Schiedsprüche beweist das mit aller Deutlichkeit. Am stärksten sind die Löhne in den ländlichen Gebieten abgebaut worden, in den Gebieten, in denen die Bauarbeiterschaft immer noch nicht geschlossen den Weg zur Organisation gefunden hat. Hier haben es die Arbeitgeber verstanden, die Sonderpflichten so stark zu beeinflussen, indem sie auf das Unterbieten der bestehenden Löhne durch die Unorganisierten hinwiesen, daß teilweise geradezu jadisitische Lohnherabsetzungen erfolgt sind. Trotzdem haben die Arbeitgeber gerade in diesen Gebieten die Schiedsprüche abgelehnt. Sollte diese Handlungsweise den Unorganisierten nicht zu denken geben? Unsere organisierten Kollegen in diesen Gebieten haben die Pflicht für Aufklärung zu sorgen. Nicht im Interesse der anderen, sondern im eigenen Interesse gilt es zu werben und zu arbeiten.

Ist es notwendig, noch etwas zu dem Verhalten der Arbeitgeber zu sagen? Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird die Ernüchterung über den „errungenen Sieg“ bei ihnen sehr schnell kommen, wenn sie nicht schon da ist. Das Problem der Untkosten, welche auf die Löhne geschlagen werden müssen, dürfte ihnen allerhand Kopfzerbrechen machen. Wir werden peinlich darüber zu wachen haben, daß die Lohnsenkung nicht zu einer prozentualen Erhöhung der Untkosten führt. Auch eine Aufgabe für Sie, Herr Reichsarbeitsminister!

Franz Leuninger.

### Sind die Berliner Bauarbeiterlöhne überhöht?

Anläßlich einer Kundgebung: „Arbeitsbeschaffung und Bauwirtschaft“, veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen e. V., glaubt die Groß-Berliner Bauzeitung entsprechend ihrer sonstigen berufsständischen Einstellung als Behinderung der Arbeitsbeschaffung die „überhöhten Tariflöhne“ anzugehen. Für die Begründung dieser schwerwiegenden Behauptung scheidet sie sich jeden Beweis. Wie steht es nun in Wahrheit um die Tariflöhne der Berliner Bauarbeiter. Der Maurerjohndeslohn betrug vor Jahresfrist, d. h. bis Anfang April 1931, 1,52 RM., und heute nach Bekanntgabe des vom Sonderlichter gefällten Schiedspruchs nur noch 1,08 RM. Das ist ein Abbau von 41 Pf. pro Stunde oder 29,9 Prozent. Vergleichen wir nun den jetzigen Schiedspruchlohn mit den Vorkriegslöhnen, dann ergibt sich ohne weiteres, daß der Bauarbeiter einschließlich seiner Unterstützung bedeutend weniger verdient. Letzteres wird selbst in einer Eingabe beim Lohnstreit der Stukkateure an den amtlichen

### Am 28. Mai 1932 ist der zweiundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Schlichtungsausschuß Berlin vom Verband der Baugeschäfte zugegeben. Es heißt darin wörtlich: „Der Friedensreallohn beträgt bei einem Index von 122 wöchentlich 51,75 RM., der Maurer verdient mithin einen Netto-lohn von 18,4 Prozent unter dem Reallohn liegt.“ — Kann man dann noch ernstlich von einem enorm hohen Tariflohn der Bauarbeiter reden? — Bis jetzt kann nicht festgestellt werden, daß durch diese gewaltige Lohnsenkung eine Belebung der Bauwirtschaft eingetreten ist. Die Senkung der Baukosten kann nicht einzig und allein durch die Senkung der Bauarbeiterlöhne herbeigeführt werden. Andere Ursachen, wie überhöhte Zinsen, Geländepreise und Aufschließungskosten, Transporttarife, Umsatz- und sonstige Steuern u. a. m. spielen hierbei eine viel größere Rolle.

Aber trotz alledem wird die Mär von den überhöhten Tariflöhnen von Leuten verbreitet, von denen man eigentlich annehmen müßte, daß sie die wahren Zusammenhänge der Bauwirtschaft kennen müßten. Weiter wird behauptet, daß die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe nicht mehr saisonmäßig, sondern konjunkturell begründet wäre. Auch wir sind dieser Auffassung. Aber wie steht es denn mit der Arbeitslosenversicherung? Weshalb macht man dann beim Unterstützungsbezug den Bauarbeitern gegenüber eine Ausnahme und behandelt sie als Menschen zweiter Klasse? Eine weitere Unkenntnis der beruflichen Sachlage beweist die Zumutung an die baugewerblichen Unternehmer, lieber einen tariflosen Zustand eintreten zu lassen, als Tariflöhne zu zahlen. Die Arbeitgeber in Berlin selbst wissen, was sie von festgesetzten Tariflöhnen haben. Ein tarifloser Zustand wird bestimmt keine Ruhe und Ordnung auf den Baustellen bringen, und andererseits wird er auch seinen Niederschlag in der Leistung finden. Wir nehmen bestimmt an, daß auch die Arbeitgeberverbände nicht vollinhaltlich mit dem Artikel übereinstimmen. Wir aber wissen, daß von der hier erwähnten Zeitung nichts anderes zu erwarten ist, und daß sie mit ihrer Ansicht in den Kreisen des Baugewerbes nicht allzu ernst genommen wird. Trotz allem sollte sich die Schriftleitung befleißigen, in Zukunft in ihrer Schreibweise etwas objektiver und wahrheitsgetreuer zu sein. Man sollte doch dem Privatmann, der wirklich noch die Arbeit und die Mittel hat, sich eine kleine Villa oder dergl. zu bauen, nicht mit derartigen Schreibern von der Ausführung abhalten. Denn diese Methode trägt bestimmt nicht dazu bei, daß der Privatmann wieder Geld im Baugewerbe investiert.

Interessant ist noch, daß trotz dieser hemmungslosen, haushälterischen Heße kurz vor der eingangs erwähnten Tagung auf dieser selbst die Lohnfrage nur beiläufig erwähnt, aber in keiner Weise als haudroffende Ursache besprochen wurde. Das bedeutet eine Ablehnung des Märchenerzählers.

### Wer besitzt das Gold der Welt?

Das Jahr 1931 brachte in der Bewegung der internationalen monetären Goldbestände wieder beträchtliche Verschiebungen, die auch eine größere Anzahl von Ländern zwang, vom Goldstandard abzugehen oder durch andere Maßnahmen die Reste des Notenbankgoldes zu schützen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1931 nahm der internationale Goldverkehr einen Umfang an, wie er weder in der Zeit vor dem Kriege noch jemals in der Nachkriegs-



zeit beobachtet wurde. Das Statistische Reichsamt schätzt die Gesamtbestände im Goldaußenverkehr auf etwa 9,5 Milliarden RM. Dabei wanderte das Gold hauptsächlich nach Frankreich, dann nach Belgien, Holland und der Schweiz, so daß Ende 1931 diese Staaten zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika beinahe drei Viertel des Währungsgoldes besitzen. Die Goldvorräte Europas haben sich im letzten Jahr in größerem Umfange vermehrt als in früheren Jahren, und Europa besitzt heute 51,3 Prozent des Weltgoldvorrates gegen 45 Prozent Ende 1930. Im letzten Jahre konnte Frankreich dabei seinen Goldvorrat um 2,5 Milliarden auf 11,3 Milliarden RM. erhöhen. Es

besitzt damit mehr als ein Fünftel des Weltgoldvorrates und beinahe die Hälfte des gesamten europäischen Goldvorrates. Man sieht aus diesem Bilde die unheilvolle Wirkung der Reparationszahlungen für die Währungen fast der ganzen Welt.

### Rundschau

#### Arbeiternot ist Bauernnot

Weite Kreise der Landwirtschaft denken in wirtschaftlichen und sozialen Fragen in außerordentlich engen Formen. Was sie für ihre Bedürfnisse für selbstverständlich halten, soll für andere Stände, insbesondere die Lohnarbeiterschaft, noch längst nicht gelten. Neben der aus der ländlichen Abgeschlossenheit sich ergebenden engen Denkwelt ist nicht zuletzt die sehr einseitige Information der Landwirtschaft durch ihre Organisationen schuld. Es ist erfreulich, wenn dann auch einmal ein Wort aus größerer Sicht fällt, besonders wenn es von einer Person kommt, die in landwirtschaftlichen Kreisen etwas gilt und die eigenes Format hat. So sagte der bayerische Bauernführer Dr. Heim in einer Bauernversammlung in Regensburg bei der Kritik der schlechten Viehpreise, daß nicht die Fülle allein heissen, sondern daß die Kaufkraft der Bevölkerung ganz notwendige Vorbedingung für die Abnahme der landwirtschaftlichen Produkte sei. Jede einseitige Bauernpolitik sei falsch. Die Überwindung der landwirtschaftlichen Notlage hänge davon ab, daß die Arbeitslosigkeit verschwinde und damit wieder Kaufkraft für die Abnahme landwirtschaftlicher Produkte geschaffen werde. Solche Erkenntnisse sind wertvoll für alle Kreise, die im Arbeiter zu einseitig nur das Wirtschaftsobjekt sehen und keine Bedeutung als Mitarbeiter am Wirtschaftsertrag und als Konsument aller Wirtschaftsprodukte nicht genügend werten.

#### Fahrpreisermäßigung für die Teilnehmer an beruflichen Bildungsmaßnahmen

Um den Arbeitslosen die Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen zu erleichtern, hat sich die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft bereit erklärt, in Zukunft den Anträgen der Arbeitsämter auf Gewährung von Rückfahrkarten für die Teilnehmer an solchen Lehrgängen für Arbeitslose zu entsprechen, die von den Arbeitsämtern auf Grund des § 137 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingerichtet sind. Die Teilnehmer an diesen Lehrgängen, die die Fahrpreisermäßigung für Schüler-Rückfahrkarten in Anspruch nehmen wollen, haben den Fahrkartenausgaben der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft einen ordnungsmäßig in allen Teilen ausgefüllten „Antrag auf Fahrpreisermäßigung für Schüler-Rückfahrkarten“ vorzulegen. Auf dem Antrag ist vom Arbeitsamt folgender Vermerk anzubringen: „Genehmigt durch Verfügung der Reichsbahndirektion Berlin vom 18. April 1932.“ Die Antragsdrucke können bei den Fahrkartenausgaben zum Preise von 1 Rpf. je Stück käuflich erworben werden.

#### Die Entwicklung des Arbeitseinkommens

Der Bericht der Invalidenversicherungsanstalten über die eingegangenen Wochenbeiträge gibt einen interessanten Einblick in die Entwicklung des Arbeitseinkommens. Die Beiträge zur Invalidenversicherung sind nach Lohnklassen gestaffelt. Unter Zugrundelegung dieser Lohnklassen verteilte sich 1931 das Einkommen der invaliden-

Einkommensklasse (RM)	Prozent
bis 6 RM. in der Woche	3,1 Prozent
über 6 bis 12 RM. in der Woche	14,0 Prozent
über 12 bis 18 RM. in der Woche	18,7 Prozent
über 18 bis 24 RM. in der Woche	16,1 Prozent
über 24 bis 30 RM. in der Woche	9,9 Prozent
über 30 bis 36 RM. in der Woche	8,0 Prozent
über 36 RM. in der Woche	30,2 Prozent

Was sagt uns diese Aufstellung? Sie zeigt, daß mehr als ein Sechstel aller Versicherten nur ein Wochenlohn bis zu 12 RM. hatte. Über die Hälfte der Versicherten verdiente wöchentlich weniger als 24 RM., im Monat also noch keine 100 RM. Knapp ein Drittel aller Versicherten kam über ein Monateinkommen von 150 RM. hinaus. Zu berücksichtigen bleibt dabei, daß inzwischen durch den notverordneten Lohn- und Gehaltsabbau ab 1. Januar 1932 das Einkommen auf der ganzen Linie um wenigstens 10 Prozent gesenkt wurde. Die Ergebnisse über 1932 werden also noch trostloser sein.

#### Der Gutenberg-Bund im Jahre 1931

Zu den wenigen Standsorganisationen, die im letzten Notjahr noch ihre Mitgliederzahlen steigern konnten, gehört auch der Gutenbergbund, die christliche Buchdrucker-gewerkschaft. In der Gehilfen- und Lehrlingsabteilung waren Ende 1930 insgesamt 5280 Mitglieder vereinigt. Das Jahr 1931 schloß mit einem Mitgliederbestand von 5633; davon befanden sich 4461 in der Gehilfenabteilung und 1169 in der Lehrlingsabteilung. Am Ende des Berichtsjahres waren 32 v. H. der Buchdruckergehilfen gänzlich arbeitslos, davon die Mehrzahl schon über ein Jahr. Die Zahl der Kurzarbeiter war auf 15 v. H. gestiegen. Die Beitragseinnahme betrug rund 136 000 RM. Mehr als 80 v. H. davon mußten für Unterstützungen verausgabt werden. Auf die Arbeitslosenunterstützung entfiel davon die Hälfte. Erfolgreicherweise konnte die berufliche Bildungsarbeit, die im Gutenberg-Bund für die jungen Gehilfen und die Lehrlinge des Gewerbes in ganz besonderer Weise gepflegt wird, voll aufrechterhalten werden.

#### Wieviel deutsche Gemeinden gibt es?

Nach der letzten Volkszählung hatten wir insgesamt 63 580 einzelne Gemeinden, davon 60 132 Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Von diesen Kleingemeinden hatten 11 839 Gemeinden weniger als 100 Einwohner. Weitere 33 740 Gemeinden zählten nicht mehr als 100 bis 500 Einwohner. Sonach sind im Reich rund 45 000 Gemeinden — das sind rund 75 Prozent aller Gemeinden — mit weniger als 500 Einwohnern.

### Tarifnachrichten

#### Nahegebiet.

Der Sonderrichter Dr. Kimmich setzte mit den Arbeitgeberstimmen Löhne fest, die für Facharbeiter in der Ortsklasse I 76 Pf. (58), in der Ortsklasse II 62 Pf. (47), in der Ortsklasse III 55 Pf. (43), in der Ortsklasse IV 50 Pf. (43) betragen sollen. Die eingeklammerten Zahlen sind die vorgehenden Tiefbauarbeiterlöhne, Bauhilfsarbeiter 17 Prozent unter den Facharbeitern. Erstmalige Kündigung zum 28. Februar 1933. Der prozentuale Abbau zeigt rund 26 Prozent in Ortsklasse I, rund 33 Prozent in Ortsklasse III.

#### Brandenburg.

Der Sonderrichter Prof. Kramer fällte einen Schiedspruch, der mit Wirkung ab 19. Mai folgende Löhne vorsieht:

Lohnklasse	I	II	III	Ia	Ib	Ic	Id	Ie
Facharbeiter	75	68	58	94	87	87	81	78
Tiefbauarbeiter	53	48	44	56	53	53	53	53

Die übrigen Löhne errechnen sich nach dem tariflichen Schlüssel. Früheste Kündigung am 31. Dezember.

#### Grenzmark.

Der Schiedspruch des Sonderrichters sieht mit Wirkung ab 19. Mai folgende Löhne vor:

Lohnklasse:	I	II	III
Facharbeiter	76	69	62
Tiefbauarbeiter	53	48	44

Die Geltungsdauer ist bis auf den 31. Dezember vorgegeben.

#### Stuttareure.

Für Groß-Berlin wurde am 13. Mai ein Schiedspruch gefällt, der für Stukkateure, Kalkschieber, Kalk- und Zementdrahtpoker 1,26 RM, vorzieht, für Plattenleger 1,15 RM, für Spanner und Träger 1,12 RM, für Hilfsarbeiter 0,95 RM. Das Abkommen soll Geltung haben bis 2. März 1933, sofern nicht das Abkommen über die Bauarbeiterlöhne früher außer Kraft tritt. Der Schiedspruch bedeutet einen Lohnabschlag von 19,3 Prozent für Facharbeiter.

Die für Württemberg vor dem Schlichtungsausschuss in Stuttgart stattfindende Verhandlung führte zu keinem Ergebnis, weil die Unternehmer eine Vornahme außerhalb Stuttgarts ablehnten und sich weiter hinter formalen Bedenken hinsichtlich des am Verhandlungstag (11. Mai) noch nicht endgültig erledigten Reichstarifvertrages verschlangen. Mit Wirkung ab 2. Mai haben sie zunächst folgende Löhne festgesetzt: In Ortsklasse Ia 101 Pf., in Ib und I 89 Pf., in II 83 Pf., in III 72 Pf. und in IV 66 Pf.

Im Rheinland gaben die vielfältigen Ansprüche der Arbeitgeber dem Schlichter Anlaß, den Parteien aufzutragen, den gesamten Streitkomplex unter sich nochmals gründlich durchzusprechen. Die Unternehmerverbände schlugen ihren Mitgliedern vor, während der tariflosen Zeit auf den Schiedspruchlohn der Maurer für Stukkateure 10 Prozent zu zahlen, die Puker mit Maurerlohn, und die Hilfsarbeiter mit Bauhilfsarbeiterlohn abzuführen. Das gleiche schlugen sie auch ihren Mitgliedern für das Industriegebiet vor.

In Nordbayern wurde nach zweitägiger Verhandlung ein Schiedspruch mit den Stimmen der Arbeitgeber gefällt, der einen Lohnabbau zwischen 20 und 25 Proz. mit Wirkung ab 20. Mai vorsieht. Für die Orte Erlangen, Fürth und Nürnberg sollen Stukkateure und Puker mit 115 Pf. entlohnt werden. In Bamberg sollen Stukkateure 100, Puker 90 Pf. erhalten. In Ansbach, Regensburg, Schwabach, Schweinfurt und Würzburg sollen die Stukkateure mit 95, die Puker mit 88 Pf., in Schwabach Leziere mit 85 Pf. entlohnt werden. Ein Stukkateurlohn von 90 Pf. soll für Ansbach, Bad Kissingen, Roth, Lauf und Weiden gelten. Die Puker sollen in Ansbach 81, in Bad Kissingen 84, in Roth 84, in Lauf 86, in Weiden 85 Pf. erhalten. Mit 85 Pf. sollen die Stukkateure in Altdorf, Coburg, Kulmbach, Reinstadt b. Coburg entlohnt werden. Die Puker sollen in diesen Orten mit 80 Pf., in Kulmbach mit 82 Pf. bewertet werden. In Weizenburg sollen die Säge für beide Berufsgruppen 80 bzw. 76 Pf. sein, in Lichtenfels und Staffelstein 77 bzw. 72 Pf. Puker, die mit Stukkateuren auf der gleichen Baustelle dauernd mit gleichwertigen Arbeiten beschäftigt werden, erhalten Stukkateurlöhne. Die Hilfsarbeiterlöhne hiefiger sind für solche, die schon über ein Jahr im Stuckgewerbe beschäftigt sind. Die Verklagenswidrigung soll im 1. Lehrhalbjahr 10, im 2. 15, im 3. 20, im 4. 25, im 5. 35 und im 6. 45 Proz. des örtlichen Facharbeiterlöhnes betragen. Erstmalige Kündigungsmöglichkeit des Schiedspruches ist auf den 2. Februar 1933 vorgezogen.

### Aus dem Verbandsleben

**Wettrop.** Unsere außerordentliche Generalversammlung fand am 7. Mai statt. Kollege Einig, Gladbeck, berichtete über den Gang und das Ergebnis der Lohnverhandlungen. Anschließend wurden örtliche Fragen besprochen. Schatz geriet es von der Versammlung, daß an den 26 Wohnungen der Bergmannsiedlung kaum Bauarbeiter beschäftigt würden. Man sah auch hier alles mit Verwunderung und jüngerer Arbeitsträften zurückstellen. Kritik wurde auch die Tri und Weize, wie an diesen Wohnungen verfaßt wird, daß an den tariflichen Verpflichtungen vordringend. Die Versammlung war auch bezüglich des freiwilligen Arbeitsdienstes der Ansicht, daß manche Arbeiter direkt in den Jahresarbeitsbereich des Baugewerbes hineingreifen, so wurden an einer Arbeit im Wettrop fast 50 000 Ziegel verarbeitet. Hiergegen müßte ganz entschieden eingeschritten werden. — Zur Sprache kamen auch zwei Fälle, wo wilde „Unternehmer“ für einen

Spottpreis und ohne vorchriftsmäßige Anmeldung kleinere Bauvorhaben ausführten. Die Aufsichtsbehörden müssen in diesen Dingen besser auf dem Posten sein. — In der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen einmütig gewählt: Bernhard Schafeld erster und Theodor Demme zweiter Vorsitzender; Wilhelm Wildschuß erster und August Jarosch zweiter Kassierer, Josef Schmeier erster und Josef Geise zweiter Schriftführer. Die Jugendgruppe führt auch in diesem Jahre der bewährte Obmann Schmeier.

**Gladbeck.** (Fliesenleger.) Unsere Sektionsversammlung fand am 8. Mai zu Gladbeck statt. Nach einem kurzen Situationsbericht, den Kollege Einig erstattete, wurden tarifliche und arbeitsrechtliche Fragen eingehend besprochen. Gellagt wurde über das völlige Brachliegen des Baumarktes, worunter gerade die Spezialberufe des Handwerks besonders leiden. Hier müßte Abhilfe geschaffen werden. — Die Verarmung vertrat mit allem Nachdruck den Standpunkt, daß bei der angestrebten Zusammenlegung der Kriegen- und Wohlfahrtsfürsorge der Versicherungszusammenhang der Arbeitslosenversicherung unter keinen Umständen leiden dürfe. — Ein sehr interessanter Ueberblick über den Stand der deutschen Sozialversicherung und ihren einzelnen Gliederungen bot viel Lehrreiches. Aus der Vorstandswahl gingen die Kollegen Josef Poch, Gladbeck, und Leo Glädler, Buer, als Vorsitzender bzw. Stellvertreter hervor.

**Dortmund.** Am 8. Mai kamen die Vorstände und Vertreter der Ortsgruppen zur Jahreshauptversammlung zusammen. Nach der Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden, den Kollegen Petri, gedachte die Konferenz des 60. Geburtstages des Seniorkollegen Bohl. Derselbe versprach unter dem Beifall der Versammlung, auch in Zukunft und solange er noch Gottes Luft atmen könne, für die Belange des Verbandes einzutreten. Der Geschäfts- und Kassenbericht stand unter dem Zeichen des zusammengebrochenen Baumarktes. Wurden im Jahre 1930 immerhin im Bereiche der Verwaltungsstelle noch rund 3400 Wohnungen errichtet, so betrug diese Zahl im Berichtsjahre nur noch knapp die Hälfte. Die Bauaktivität der Großindustrie ist infolge immer weiterer Stilllegungen fast völlig erledigt. Die Arbeitslosigkeit liegt im Berichtsjahre zeitweise bis auf 90 Prozent an. Unter diesen Umständen spiegelt sich auch der Kassenbericht wider, der nicht leicht zu verschmerzende Spuren hinterlassen hat. Trotz allem zeigte sich bei der Aussprache, daß der altbewährte Kämpfergeist und die Disziplin, gefördert durch unermüdete, oft schwere Arbeit, besonders unter den Vertrauensleuten noch Vormachtstellung einnimmt. Die Mitgliederbewegung war, gemessen an diesen Verhältnissen, auch noch als eine gute zu bezeichnen. Einige Ortsgruppen konnten als vorzüglich und vorbildlich bezeichnet werden. In rund 400 Versammlungen, Konferenzen, Sitzungen und Besprechungen wurde Aufklärungsarbeit geleistet. Ein ganz besonderes Ausmaß von Arbeit wies die Rechtschutzaktivität auf. 350 Termine mußten von den Lokalangestellten wahrgenommen werden. Der Baterfolg beziffert sich auf 12 818,04 RM. Ein laum zu schätzender Betrag durch Erlangung und Nachzahlung von Renten ist hierbei nicht eingerechnet. Unsere Kollegen verstehen und schätzen es, daß der Verband in der heutigen Zeit eine nicht zu entbehrende Stütze für seine Mitglieder bedeutet. Die Vorstandswahl erbrachte außer zwei freiwillig ausgeschiedenen Mitgliedern im übrigen reiflos Wiederwahl. Der Kollege Petri konnte die Führung der Verwaltungsstelle, gestützt auf das Vertrauen der Mitglieder zum 26. Male übernehmen.

Auf den Bericht über die Lohnverhandlungen folgte eine sehr erregte Aussprache über das Gebahren der Unternehmerschaft. Mit deren Forderungen wurde der Vorkriegsstand der Löhne sehr weit unterschritten. Die Märchenerzählungen in den Unternehmer- und Industriekreisen: „Dieses und jenes sei schuld auch an dem Zusammenbruch der Bauwirtschaft“ sollte man nunmehr doch einsehen, denn auch der letzte unserer Kollegen weiß, daß sehr vieles auch auf den Nachgedanken hinausläuft. Unsere Kollegen glauben trotzdem an den Sieg ihrer guten Sache. Die pure Einstellung, auch in mittelständlerischen Kreisen in der Frage Lohn- und Sozialpolitik bleibt allerdings ein bedauerliches Zeichen engen Denkens.

Unser Ruf heißt: „Jetzt erst recht hinein in die Organisation, denn nur sie allein ist die berufenste Vertreterin der Arbeiterinteressen.“ „Manheldentum“ und „Märchen“ können uns nicht betören. Wir halten es mit unserer Organisation, welche 30 Jahre und mehr mit Erfolg für die Belange der Arbeiterenschaft eingetreten ist. Getragen von diesem Geiste der Solidarität und mit dem gegenseitigen Versprechen, diese Gedanken auch draußen, wo immer es sein mag, zu praktizieren, fand die impetant verlaufene Versammlung einen guten Abschluß. H. Leimbach.

**Köln.** Eine gut besuchte Versammlung unserer Ortsgruppe nahm Stellung zu dem mit den Arbeitgeberstimmen gefällten Schiedspruch des Sonderrichters Amtsgerichtsrat Pichtenstein, Hannover. Das Baugewerbe befindet sich, wie manch anderes Gewerbe in einer katastrophalen Lage. Die Gründe liegen aber nicht in den Bauarbeiterlöhnen, sondern an ganz anderen Ursachen: Drohung jeglicher Bauaktivität durch die Kommunen, Entziehung der Hauszinssteuer und in der schwierigen Geldbeschaffung für den Wohnungsbau. Die Arbeiterenschaft hat für die Notwendigkeit einer Unkostenentlastung der Wirtschaft — auch durch Lohnsenkung — Verständnis. Eine entsprechende Preisentlastung muß natürlich parallel gehen. Es gibt aber eine Grenze, die auch in wirtschaftlich höchster Not nicht unterschritten werden darf, wenn nicht die Existenzmöglichkeit schließlich untergraben werden soll. Der Hungerstreikspruch steht im Rheinland einen Lohnabbau in der Spitze mit 23 Pf. bis herunter auf 17 Pf. die Stunde vor. Die Ausnutzung der heutigen Wirtschaftslage seitens der Unternehmer ist krasser Klassenkampf. Es ist bedauerlich, daß der amtliche

Schlichtungsapparat, inspiriert vom Reichsarbeitsministerium, so geistlos arbeitet. Auch die Reichsregierung soll sich darüber im klaren sein, daß nur mit der in den Gewerkschaften geschulten und disziplinierten Arbeiterenschaft der Staat seinen großen außenpolitischen Befreiungskampf führen kann. Trotzdem die Aussprache sehr sachlich war, herrscht eine große Erbitterung über den unberechtigten Lohnabbau in dem Schiedspruch, durch den die Maurer in Köln vor den Pfingstfeiertagen mit einer Wochenlöhne von 27,00 M. und der Tiefbauarbeiter mit Wochenlöhnen von 20,00 M. nach Hause gehen mußten. Der Schiedspruch wurde mit Entrüstung abgelehnt und folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die Bauarbeiterchaft fühlt sich als standesbewußte Arbeitergruppe mit Woll und Wadeland aufs engste verbunden. Ihre Opferbereitschaft ist bekannt, ihre staatspolitische Haltung hat sie zur Genüge bewiesen. Das Einkommen der Bauarbeiter ist durch die ständige Arbeitslosigkeit derart gesunken, so daß das Leben nur noch ein Vegetieren ist. Die Bauarbeiterchaft bedauert, daß die Reichsregierung ihr Versprechen nicht eingelöst hat, Preisentlastung und Lohnsenkung gleichmäßig zu gestalten. Die Behauptung der sogenannten Wirtschaftsführer, daß die „hohen“ Löhne ein Hindernis zur Ankurbelung des Baumarktes seien, widerlegt sich dadurch, daß trotz Lohnsenkung im letzten Jahr um 37 Prozent kein Haus mehr gebaut worden ist. Wir vermessen immer mehr den sozialen Ausgleich zwischen den Lohnarbeitern und den in höheren Stellungen befindlichen sicheren Existenzen. Wir fordern Arbeit! Alle Stellen, die für diesen Ruf in Frage kommen, sollen diesen Ruf ernstlich wie seither beachten. Langanhaltende Arbeitslosigkeit führt zur Verzweiflung. Wir erwarten weiter von der Reichsregierung, daß eine Senkung der Mieten und der noch überhöhten Preise erfolgt. Wir warnen vor einer weiteren Belastung der Arbeitnehmer, wie sie auf kommunalpolitischen Tagungen vertreten wurden. Durch die unerhörten Lohnsenkungen und durch die hohen Abzüge vom Lohn ist die Arbeiterchaft, besonders die Bauarbeiterchaft, in so große Bedrängnis geraten, daß die Geduld nicht mehr eine Frage des Wollens ist. Wir erwarten vom Reichsarbeitsminister, daß er die verzweifelte Lage der Bauarbeiterchaft erkennt, die unerhörten Lohnsenkungspraktiken einer Revision unterzieht und sie für uns tragbar gestaltet.

Ein Antrag aus der Versammlung, in eine große Werbeaktion einzutreten, um den kommenden Dingen gerüstet gegenüber zu stehen, wurde begrüßt und demselben zugestimmt.

### Sterbetafel

Im Alter von 49 Jahren starb unser treuer Kollege Romanus Schlichter, nach einer 27jährigen Mitgliedschaft, an Speiseröhrentrebs.

Im Alter von 59 Jahren starb unser treuer Kollege Heinrich Dettenberg an Rippenfellentzündung. Verwaltungsstelle Hagen.

Am 3. Mai starb unser Mitglied Karl Zwehl, 57 Jahre alt, infolge Schlaganfall. Verwaltungsstelle Hannover.

Am 12. Mai verschied nach langer, schwerer Krankheit unser treues Mitglied, der Maurerpolier Paul Kolodziejewski, im Alter von 48 Jahren. Verwaltungsstelle Oberglogau.

Ehre ihrem Andenken!

### Maurer-Hosen

Dreidraht, ganz schwer 9,75. Zweidraht, schwer 6,-. Muster gratis und franco. Herbert Fritzsche Niederoderwitz i. Sa.

Leff den Deutschen

Roman Groulich Beitragsmarken BERLIN NO43 Gollnowstraße 12



Kauf Kluft in Kelle von Arthur Capelle Berlin N54 Alle Schönhauser Str. 59 Weil gratis 2 Gew. Rücksende!

Schlantheit erzielen Sie über Nacht durch äußere Einwirkungen ohne Sungekur. Zukunft kostenlos! Sanitas-Depot, Halle (Saale) 69 L.

Möbel Kamerling N. Kastanien-Allee 56 (Ecke Fehrdellinerstr.) Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Küchen, Polstermöbel, Großblag, z. Kleinger Verliehen gew. Möbel u. Pr.

Schuhe im Triumph der Billigkeit! Schauen Sie sich! Bestehen Sie schon den neuen, farbigen Schuhstapeln mit bewährter, erfindungsgemäßer Konstruktion? Nicht! — Dann lassen Sie sich überzeugen! Schauen Sie sich! Herren- u. Damen-schuhgeschäfte ab... 3,90 Umtausch od. Geld zurück bei Nichtgefallen. Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft München P12 m.B.H. Rosenstr. 11

Nichttrauer Garant in 3 Tagen! Tustant! Kostenlos! Sanitas-Depot, Halle (Saale) 69 K.

### Zechholz-Wassermagen in höchster Vollendung!

100	90	80	75	70	60	50 cm
3.20	3.00	2.80	2.70	2.60	2.40	2.20
3.80	3.60	3.40	3.30	3.20	3.00	2.80

Stärke 25 x 30 und 25 x 35 mm  
Extra-Qualität:  
Eämtliche Werkzeuge, Bekleidung, das Beste auf dem Markt. It. Katalog sofort lieferbar. Best. geg. Nachn. Von 10 RM. an portofrei. Jede 12te Wassermagazin wird gratis geliefert. Wetterweier & Co., Vieselsd., Ziegelstraße.